

«Es ist hoffnungslos.»

Das Thurgauer Verwaltungsgericht lehnt die Änderungen im Baureglement Wuppenaus ab. Die Gemeinde geht nun vor Bundesgericht.

Interview: Janine Bollhalder

700 Meter Grenzabstand zwischen einem Windrad und den Wohnsiedlungen – das ist nur einer von vier Punkten, welche die Gemeinde Wuppenau in ihr Baureglement aufnehmen möchte. Denn der Souverän hat klar zum Ausdruck gebracht: Wenn es um Windräder geht, will man in Wuppenau klare Regeln. Doch dieses Begehren hielt einer Prüfung der zuständigen Stellen des Kantons Thurgau nicht Stand.

Gegen diesen Entscheid hat der Gemeinderat Wuppenaus im Januar 2023 Beschwerde beim Verwaltungsgericht eingereicht. Doch dieses stützt die Nichtbewilligung der kantonalen Verwaltung. Nun zieht die Gemeinde Wuppenau die Beschwerde vors Bundesgericht in Lausanne.

Stefan Mischler, Sie sind Präsident des Vereins Pro Wind Thurgau. Wie schätzen Sie die Chance der Gemeinde vor Bundesgericht ein?

Stefan Mischler: Ich glaube nicht an einen Erfolg Wuppenaus. Sie kämpfen gegen übergeordnetes Recht, das Verwaltungsgericht weist in seinem Urteil darauf hin. Das Bundesgericht kann diesbezüglich also gar nicht anders als das Verwaltungsgericht entscheiden. Es ist hoffnungslos und eine Zeitschinderei, damit die Atomlobby mehr Rückenwind gewinnt.

Wie es für Gemeinden üblich ist, muss Wuppenau die Verfahrenskosten des Verwaltungsgerichts von 5000 Franken nicht bezahlen.

Das ärgert mich, denn wir Steuerzahler bezahlen nun diesen hoffnungslosen Kampf

gegen die Justiz. Ich finde, wenn eine Gemeinde schon so vorgehen möchte, sollte sie das aus eigener Tasche bezahlen. So ist es eine Steuergeldverschwendung.

Welche Ängste hegen potenziell Betroffene gegenüber Windrädern?

Es geht um die Gesundheit, den Lärm und Wertverlust der Liegenschaften. Ich kann mich gut

in diese Ängste einfühlen, aber finde, sie werden bewusst von den Gegnern geschürt – und das ohne Fakten oder wissenschaftlich anerkannte Studien. Sind solche Ängste und Falschinformationen in den Köpfen der Leute verankert, ist es schwer, sie wieder zu revidieren.

Was hätten denn die Wuppenauerinnen und Wuppenauer von Windrädern?

Ich bezeichne Gemeinden, die von Windenergie profitieren könnten, gerne als bevorzugt. Denn sie können ihre Versorgungssicherheit für rund 25 Jahre sichern, günstigeren Strom beziehen und vom Umsatz der Windanlage profitieren, etwa mit einer Steuersenkung. Die Gemeinde Braunau, die mit Wuppenau den vom Kanton vorgesehenen Windpark teilen würde, hat den teuersten

Strompreis in der Schweiz. Da verstehe ich überhaupt nicht, wieso man sich noch dagegen wehrt.

Sie sprechen von einem Gewinn, den man mit Windenergie erzielen kann. Können Sie Zahlen nennen?

Ich kenne das Projekt in Thundorf, wo zu einem vergangenen Zeitpunkt mit acht Windrädern gerechnet wurde. Das hätte einen geschätzten Umsatz von rund 10 Millionen Franken ergeben, wovon 2,5 Prozent in die Gemeindekasse geflossen wären.

Hinweis

Die zuständigen Personen der Gemeinde Wuppenau äussern sich vorläufig nicht zum Windenergie-Thema. Am Montag, 5. Februar, organisiert die Gemeinde eine Pressekonferenz.



Eines von 47 Windrädern der Schweiz, hier im Wallis.

Bild: Jean-Christophe Bott/Keystone